

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Röllsen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niedermüllern, Rübshnapfel und Tirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

55. Jahrgang.

Nr. 289.

Verantwortlicher Redakteur: Nr. 7.

Mittwoch, den 13. Dezember

Telegraphenadresse: 1905. Tageblatt.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwickauerstraße 397, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Ausdräger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

## Stadtsparkasse Gallenberg

verzinst alle Einlagen mit

3 1/2 %

Die an den ersten drei Tagen eines Kalendermonates bewirkten Spareinlagen werden für den vollen Monat verzinst. Die Kasse expediert an jedem Werktag von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags und behandelt alle Geschäfte streng geheim.

## Deutscher Reichstag.

(Sitzung vom 11. Dezember 1905.)

Der Gesetzentwurf betr. die militärische Strafrechtspflege im Rautehau-Gebiet wird in erster und zweiter Lesung debattelos angenommen. Es folgt die erste Beratung des Handelsvertrages mit Bulgarien. Abg. Graf Reventlow (wirtsch. Bgg.) erklärt, seine Freunde würden darauf bestehen, daß diese Vorlage wie die über Handelsbeziehungen zu England nur von einem beschlußfähigen Hause erledigt werden. Der Vertrag mit Bulgarien wäre insbesondere die Rechte resp. Interessen der deutschen Mollerei nicht hinreichend. — Abg. Raempf (freis. Volksp.) bedauerte die angekündigte Obstruktion. Der vorliegende Vertrag decke sich im wesentlichen mit dem Inhalte der bereits angenommenen Verträge. Die Regierung hätte aber mit Material zur Begründung der Vorlage freigebiger sein sollen. Anzuerkennen sei, daß unsere Unterhändler eine Reihe von Schwierigkeiten, welche unsere Handelsreisenden bisher in Bulgarien zu überwinden gehabt hätten, mit Erfolg aus dem Wege geräumt hätten. Seine Freunde könnten dem Vertrage zustimmen. — Abg. Bachem (Zentr.) hofft, daß die Bedenken des Grafen Reventlow in der Budgetkommission ihre Erledigung finden werden. — Präf. Graf Ballestrem bemerkt dem Grafen Reventlow, daß alle Beschlüsse von einem beschlußfähigen Hause gefaßt werden. (Heiterkeit.) Das Haus ist immer beschlußfähig, wenn die Beschlußfähigkeit nicht ausdrücklich angezweifelt werde. (Heiterkeit.) — Abg. Graf Ranitz (kons.) ist mit Verweisung an die Kommission einverstanden. Der Vertrag sei zu wichtig, als daß man ihn kurzer Hand ablehnen könnte, wie Graf Reventlow dies wolle. — Staatssekretär Graf Posadowsky gibt eine Uebersicht der Entwicklung unserer Handelsbeziehungen zu Bulgarien. Das Interesse beider Länder an ihren gegenseitigen Handelsbeziehungen sei viel größer, als sich aus der beiderseitigen Statistik ergibt, weil der Warenhandel zwischen Bulgarien und uns in großem Umfange den indirekten Weg über österreichische und ungarische Händler, sowie auch über Belgien nehme. Die Vorschriften in Bulgarien für die ausländischen Reisenden mit Musterkästen deckten sich genau mit den diesseitigen Bestimmungen. — Unterstaatssekretär im Reichsamt des Inneren Wermuth rechtfertigt insbesondere die Bestimmung über Vertretung von Handelshäusern durch Reisende anderer Häuser. — Abg. Bernstein erklärt, daß seine sozialdemokratischen Freunde den Vertrag ablehnten, da der bulgarische Tarif uns gegenüber ganz kolossale Einfuhrzollerhöhungen auf den Gebieten der Textilindustrie, der Konfektion, der Eisenindustrie usw. enthalte. — Abg. Baasche (nat.-lib.) führt demgegenüber aus, daß das, was der Vertrag unserer Industrie biete, doch immerhin nicht unbedeutend ins Gewicht falle. — Abg. Pottthoff (freis. Bgg.) tritt für den Vertrag ein, obgleich er nicht eine Erleichterung, sondern eine Erschwerung unserer Handelsbeziehungen zu Bulgarien bedeutet. Aber die letzte Ursache davon sei in unserem eigenen neuen Zolltarif zu suchen. Der Handelsvertrag mit Bulgarien wird an die Budgetkommission verwiesen. — Es folgt die erste Beratung des Handelsprovisoriums mit England. Nach der Vorlage soll das Meistbegünstigungs-Verhältnis wieder um zwei Jahre, nämlich bis 1907, verlängert werden. — Abg. Graf Ranitz (kons.) weist auf die Sonderstellung der englischen Kolonien hin, auf die Differenzierung unserer deutschen Waren, speziell des Zuckers, in Kanada. Wir dürften uns das

fortan von keiner Seite mehr gefallen lassen. Für seine Person wünsche er die Verlängerung des Provisoriums nur auf ein Jahr. — Abg. Bernstein (Soz.) tritt für die Vorlage ein, da England jetzt beinahe das einzige Land sei, das unsere Waren noch zollfrei einlasse. Er wäre seinerseits bereit, das Provisorium auch um mehr als zwei Jahre zu verlängern. — Abg. Dr. Baasche (Zentr.) stimmt der Vorlage zu, ebenso der Abg. Raempf (freis. Volksp.), der mit seinen Freunden auch eine kommissarische Vorberatung der Vorlage für ganz überflüssig hält. — Abg. Graf Reventlow (wirtsch. Vereinig.) stimmt für den Antrag Ranitz auf nur einjährige Verlängerung des Provisoriums. Wenn eine Einigung mit England über einen Handelsvertrag noch nicht zu Stande gekommen sei, so glaube er die Schuld unserem Volkshafter in London beimessen zu sollen. Für die unveränderte Vorlage würden seine Freunde keinesfalls stimmen und deren Annahme mit allen parlamentarischen Mitteln zu verhindern bemüht sein. — Abg. Büssing (nat.) stimmt der Vorlage zu. Es würde als eine unzeitgemäße Unfreundlichkeit gegenüber England erscheinen, die Vorlage nicht so anzunehmen, wie sie sei, also mit zweijähriger Verlängerung. Sachlich sei es ganz gleichgültig, ob die Vollmacht — denn nur um eine solche handle es sich — auf ein, zwei oder drei Jahre erteilt werde. — Staatssekretär Graf Posadowsky weist darauf hin, daß die von den Rednern der Rechten hervorgehobenen Differenzierungen ja schon seit 1903 bestanden haben. In der Sache habe sich seitdem nichts verändert. Unseren Volkshafter in London trübe keine Schuld, wenn wir mit England noch nicht zu einem Definitivum gelangt sind. Es wisse doch ein jeder, wie die inneren Verhältnisse in England selbst bei den bisherigen Verhandlungen mit uns einen Handelsvertrag verhinderten. — Staatssekretär Freiherr v. Richthofen: Graf v. Reventlow habe sich widersprochen, wenn er erst sagte, daß auch er ein gutes Verhältnis zu England wünsche, dann aber der deutschen Regierung vorwarf, daß sie dem Auslande gegenüber nicht scharf genug aufträte. Im Auslande sei man gerade entgegengelegter Ansicht. Er könne nur wünschen, daß unser Volkshafter in London auch in Zukunft bemüht bleibe, so wie bisher weiter zu wirken im Interesse unserer guten Beziehungen zu England. Wenn es Graf Reventlow auf eine Flamm-macherei unseres Volkshafter's schob, daß unsere Flottenforderungen nicht weiter gingen, so kann ich nur erwidern, wir bemessen unsere Flottenforderungen nicht nach Berichten des Volkshafter's, sondern nach den Bedürfnissen des Reiches. — Abg. Gothein (freis. Ver.) spricht gegen Abg. v. Kardorff (Reichsp.) für Kommissionsberatung. Ehe über den Antrag auf Verweisung der Vorlage an eine Kommission abgestimmt wird, bezweifelt Abg. Singer die Beschlußfähigkeit des Hauses. — Vizepräsident Graf Stolberg: Das Bureau teilt diesen Zweifel. (Heiterkeit.) Es sind nur vielleicht 70 Abgeordnete anwesend. — Schluß 4 1/4 Uhr. Weiterberatung morgen 1 Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

\* Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin gemeldet wird, sprach sich der Kaiser beim Empfange des Reichstagspräsidenten sehr ernst über die Verhältnisse in Rußland aus. Er fragte den Vizepräsidenten Paasche nach Ostrika und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Entwicklung der Kolonie dort vorwärtsgehen werde.

\* Die zweite Kammer des sächsischen Landtags bewilligte gestern zum Neubau des Bahnhofes Reichenberg und für die Haltepunkte Engelsberg und Reiten als zweite und letzte Rate 581 440 Mark. Ferner bewilligte sie für die Erweiterung des Bahnhofes Eger als erste Rate 130 000 Mark.

\* Elßaß-Lothringen. Die Abgg. Preiß (Elßasser) und Genossen haben wieder einen Antrag auf Erlass eines Gesetzes eingebracht, durch welches Elßaß-Lothringen in die Reihe der Bundesstaaten aufgenommen wird. Die gesetzgebende Gewalt soll dabei in Elßaß-Lothringen ausgeübt werden durch den Kaiser und den elßaß-lothringischen Landtag.

\* Merikale Christenlehre. Aus dem Murgtal wird der „Bad. Landesztg.“ geschrieben: „Früh kümmert sich, was ein Zentrumshalten werden soll — dachte der Pfarrkurat von Hörden, als er am Nachmittag des 1. Adventsontags die Christenlehrepflichtigen Jünglinge — etwa 40 an der Zahl — in der Murglust versammelte, um sie in eine politische Vorschule zu nehmen. Er sprach von Zentrum, Liberalen und Sozialdemokraten, ließ die jungen Leute erzählen, was sie in den Fabriken gefört hätten, und drang in sie, sich zu Vereckern des Zentrums heranzubilden. Zum Schluß verbot er den 40 Jünglingen, etwas von der Sache zu sagen, und spendierte ihnen ein Glas Freibier.“ Im Namen Gottes und für Wahrheit, Freiheit und Recht! Der Fall ist typisch für den Seelenfang, den der Merikalismus treibt.

\* Eine sozialdemokratische Welt-demonstration soll nach einem vom ausführenden Ausschuss des internationalen sozialistischen Bureaus gefaßten Beschlusse am 22. Januar, dem Jahrestag des blutigen Sonntags von Petersburg, veranstaltet werden. Auforderungen, um Versammlungen in diesem Sinne abzuhalten, sind an die sozialdemokratischen Parteien aller Länder gerichtet worden. Am 20., 21. und 22. Januar werden sich die Mitglieder des internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel vereinigen, um zu beschließen, welche Maßregel zur Ausführung eines Antrages genommen werden soll, der dahin geht, den Krieg durch Erklärung von Massenstreiks in den beteiligten Ländern unmöglich zu machen.

\* Gegen die Feuergefährlichkeit der Warenhäuser richtet sich ein Antrag, den die konservative Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus eingebracht hat. Der Antrag ersucht die Staatsregierung, durchgreifende Maßnahmen zu treffen, in welchen mit Rücksicht auf die hervorragende Feuergefährlichkeit der Warenhäuser besondere Vorschriften über deren Bauart dahin erlassen werden, daß Verkaufsräume nur im Erdgeschosse und im ersten Stockwerk eingerichtet werden dürfen und darüber befindliche Räume zum dauernden Aufenthalt von Menschen nicht benützt werden dürfen.

### Ungarn.

\* Graf Adrassy erklärte in einer Rede vor den Wählern in Stein am Anger, daß er das Programm der Regierung bezüglich des allgemeinen Stimmrechts nicht annehme. Er wünsche wohl die Ausdehnung des Wahlrechts auch auf die Arbeiterkreise, doch liege es nicht im Interesse des Landes, daß neue unerfahrene Elemente entscheidenden Einfluß gewinnen und intelligente Klassen von der Führung verdrängt werden. Auch könne durch eine so weitgehende Reform ohne ein Uebergangsstadium der nationale Charakter des Staates ge-